

Pressemeddelelse
Kiel, 17.04.2001

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 74
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: info@ssw.de

SSW kritisiert Bundeskanzler Schröders "Drückeberger-Äußerungen"

Die Vorsitzende des SSW im Schleswig-Holsteinischen Landtag Anke Spoorendonk zeigte sich besorgt über die Debatte zu den Äußerungen von Bundeskanzler Schröder "Es gibt kein Recht auf Faulheit":

"Angesichts der Tatsache, dass auch die jetzige Bundesregierung immer noch mit über 4 Mio. Arbeitslosen zu kämpfen hat, sollte der Bundeskanzler vorsichtig mit seinen öffentlichen Ausführungen zum Thema "Drückeberger" sein. Mit solchen Stammtischparolen besteht die Gefahr einer pauschalen Verurteilung aller Arbeitslosen - das lehnt der SSW entschieden ab," so Spoorendonk.

Vielmehr gehe es darum, dass bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit endlich neue Wege gegangen werde. Der SSW befürworte das dänische Modell, wo neben der Pflicht zur Annahme von zumutbaren Jobs eben auch die Rechte der Arbeitslosen zur Um- und Weiterbildung besonders hervorgehoben werden. Dazu werde mit jedem einzelnen arbeitslosen Menschen verbindlich vereinbart, wie er wieder in Arbeit kommen könne. Auch mit der sogenannten Job-Rotation hätten unsere nördlichen Nachbarn große Erfolge vorzuweisen. Die dänische Arbeitslosenquote von ca. 5% spreche für sich selbst, so Anke Spoorendonk.

"Bundesarbeitsminister Riester plant entsprechende Initiativen nach

nordischem Vorbild. Deshalb verstehe ich auch nicht, warum die Bundesregierung mit dem Kanzler an der Spitze nur über neue Sanktionsmaßnahmen spricht und nicht stärker die positiven Möglichkeiten für die Arbeitslosen herausstellt. Solche Parolen werden jedenfalls kaum zur Motivation unserer arbeitslosen Mitbürgerinnen und Mitbürger beitragen,□ so die SSW-Politikerin.